

Verfassungsrechtler Papier: Zurückweisungen an Außengrenzen Gesetzlich Geboten

Verfassungsrechtler Papier unterstützt AfD-Forderung nach Grenzzurückweisungen. Alice Weidel betont Dringlichkeit.



Am 7. September 2024 hat die AfD-Politikerin Alice Weidel eine brisante Aussage auf Twitter verbreitet. Sie betont die Notwendigkeit, Zurückweisungen an Deutschlands Außengrenzen durchzuführen und verweist dabei auf den bekannten Verfassungsrechtler Hans-Jürgen Papier. Laut Weidel bestätigt Papier, dass solche Zurückweisungen nicht nur legal, sondern auch gesetzlich vorgeschrieben sind. Kritisch merkt sie an, dass der politische Wille zur Umsetzung dieser Maßnahmen einzig bei der AfD vorhanden sei.

Im Tweet, veröffentlicht unter dem Handle @Alice_Weidel, sagt

Weidel: „Verfassungsrechtler #Papier bestätigt, was wir seit 10 Jahren fordern: Zurückweisungen an den deutschen Außengrenzen sind nicht nur zulässig, sondern gesetzlich geboten. Den Willen zur Umsetzung hat aber nur die #AfD! #JetztAfD“.

Einfluss von Hans-Jürgen Papier

Hans-Jürgen Papier, der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, wird in Weidels Botschaft als Schlüsselfigur dargestellt. Seine rechtlichen Einschätzungen genießen hohes Ansehen und scheinen der Argumentation der AfD neuen Aufwind zu verleihen. Zwar wird in dem Tweet nicht genauer auf Papiers Aussagen eingegangen, doch die Bezugnahme auf seine Person suggeriert, dass seine Expertise die Position der AfD stützt.

Papier ist bekannt für seine konservativen Positionen in Bezug auf Verfassungsfragen. Seine Rechtsgutachten und Äußerungen zum Migrationsrecht haben in der Vergangenheit oftmals zu kontroversen Diskussionen geführt. Inwieweit seine jüngsten Aussagen der AfD rechtlichen Rückenwind verschaffen, bleibt abzuwarten.

Politischer Diskurs und Reaktionen

Im politischen Diskurs sorgt Weidels Tweet für erhebliche Resonanz. Befürworter der AfD sehen sich in ihrer Haltung bestätigt und nutzen Weidels Botschaft zur Untermauerung ihrer Argumente in der Migrationsdebatte. Kritiker hingegen werfen der AfD vor, auf populistische Weise Ängste zu schüren, anstatt konstruktive Lösungen für die komplexe Herausforderung der Migration zu suchen.

Die Debatte um Grenzkontrollen und Zurückweisungen ist nicht neu. Bereits seit 2015, im Zuge der Flüchtlingskrise, sind die politischen Fronten verhärtet. Während einige Politiker und Experten auf humanitäre Lösungen drängen, plädiert die AfD für

strengere Maßnahmen und eine konsequentere Durchsetzung bestehender Gesetze.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die politisch-rechtliche Diskussion weiterentwickeln wird und ob Papiers jüngste Aussagen einen nachhaltigen Einfluss auf die Gesetzgebung und die öffentliche Meinung haben werden. Klar ist, dass die Thematik weiterhin ein heiß diskutiertes und polarisierendes Thema in der deutschen Politik bleibt, mit weitreichenden Implikationen sowohl für die nationale als auch die europäische Ebene.

In der digitalen Welt hat Weidels Tweet bereits hohe Wellen geschlagen. Die Reaktionen sind vielfältig und reichen von Zustimmung bis zu scharfer Kritik. Für die AfD ist dies ein weiterer Schritt, ihre Position im politischen Spektrum Deutschlands zu festigen und ihre Forderungen nach einer strikteren Migrationspolitik zu untermauern.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)